

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Alma Zadić, LL.M., Dr. Peter Pilz, Freundinnen und Freunde
betreffend „Exportstopp für Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate“

eingebraucht im Zuge der Debatte über den dringlichen Antrag betreffend „Kündigung der Abkommen mit dem Internationalen König Abdullah bin Abdulaziz Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog“ in der 45. Sitzung des Nationalrates, XXVI. GP, am 25. Oktober 2018

BEGRÜNDUNG

Mit der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi wurde der Welt vor Augen geführt, wie das saudische Regime mit seinen Kritikern umgeht. Saudi-Arabien führt derzeit zwei Kriege: im Jemen und im eigenen Land gegen die Kräfte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Seit Jahren kommen im Jemen österreichische Sturmgewehre und Granaten zum Einsatz. Fotos und Augenzeugenberichte beweisen, dass mit österreichischen Gewehrgranaten auf friedliche Demonstranten in Saudi-Arabien geschossen wird. Trotz klarer Hinweise auf den geplanten Einsatz im Kriegsgelände im Jemen wurden immer wieder Rechtfertigungen für erneute Ausfuhrbewilligungen gefunden.

Eine Anfragebeantwortung der Innenministerin vom 11. Februar 2016 listet Kriegsmaterialexporte an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate wie folgt auf:

Saudi-Arabien (Zeitraum 1.1.2006 bis 1.1.2016):

Waffengattung	Stückzahl
Granaten	22.105
Granatwerfer	379
Maschinenpistolen	10.636
Munition	5
Feuerleit- und Beobachtungssysteme	12

Vereinigte Arabische Emirate (Zeitraum 1.1.2006 bis 1.1.2016):

Waffengattung	Stückzahl
Granaten	285.379
Granatwerfer	68
Gewehre	399
Maschinenpistolen	81
Munition	101.500
Panzerminen	16.128

Insbesondere die Exporte in die VAE dürften zum Großteil direkt ins Kriegsgebiet im Jemen weitergeleitet worden sein.

Dazu kommen Waffenexporte, die nicht der Kontrolle durch das Kriegsmaterialgesetz unterliegen: Scharfschützengewehre, Pistolen (Glock) und deren Munition. Laut Profil-Bericht vom 7.9.2016 meldete Österreich für das Jahr 2015 in der Kategorie Revolver und selbstladende Pistolen einen Export von 29.073 Stück an Saudi-Arabien.¹ Zu diesem Zeitpunkt hatte Saudi-Arabien die militärische Intervention im Jemen bereits gestartet, weshalb schon allein vor diesem Hintergrund eine Waffenlieferung nicht tragbar war.

Sowohl das Kriegsmaterialgesetz als auch das Außenwirtschaftsgesetz schließen eine Exportgenehmigung aus, wenn im Zielgebiet ein bewaffneter Konflikt herrscht, auszubrechen droht oder sonst gefährliche Spannungen bestehen (§ 3 Abs 1 Z 2 Kriegsmaterialgesetz) sowie, wenn die Gefahr besteht, dass die gelieferten Waffen zur Unterdrückung von Menschenrechten verwendet werden (§ 3 Abs 1 Z 3 Kriegsmaterialgesetz). Gemäß § 7 Abs 1 Außenwirtschaftsgesetz ist eine Genehmigung dann zu verweigern, wenn die Güter im Bestimmungsland bewaffnete Konflikte auslösen oder verlängern oder bestehende Spannungen oder Konflikte verschärfen würden.

Auch das europäische Parlament fordert bereits seit dem 26. Februar 2016, dass Saudi-Arabien dringend mit einem Waffenembargo belegt werden muss, weil dieses an schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts im Sinne der Vereinten Nationen beteiligt ist.²

Festzuhalten ist, dass auch abseits des militärischen Konflikts im Jemen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate als höchst bedenklich und rechtlich jedenfalls nicht vertretbar einzustufen sind, da beide Staaten für ihre schweren und wiederholten Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Eine im Jahr 2014 großangelegte Operation saudischer Sicherheitskräfte zeigte auf dramatische Weise, was österreichische Waffen in diesen Ländern anrichten können: Im Zuge der Offensive, bei welcher auch von Österreich im Jahr 2010 gelieferte HE-DP92 Granaten (Lieferung von 9.000 Stück!) zum Einsatz kamen, wurden 5 Zivilisten getötet und zahlreiche weitere verletzt.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass in Österreich detaillierte Rüstungsberichte öffentlich nicht zugänglich sind, weshalb keine Transparenz und Kontrolle im Bereich des Waffenexports gegeben ist. Pieter Wezemann, Analyst beim renommierten Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), hält dazu fest: **„Österreich ist eines der intransparentesten Länder Europas, wenn es um den Waffenhandel geht. Selbst die Ukraine oder Rumänien sind besser.“**³

Angesichts der katastrophalen Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und der Verschlimmerung der humanitären Situation im Jemen ist auch Österreich gefordert, eine klare und unmissverständliche Botschaft an Saudi-Arabien zu richten. Die deutsche Bundeskanzlerin hat bereits dementsprechend reagiert und sich dafür ausgesprochen, Waffenausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen. Auch Österreich sollte sich dringend dieser Forderung anschließen und Saudi-Arabien mit einem Waffenembargo belegen.

¹ <https://www.profil.at/shortlist/ausland/millionen-euro-raetsel-oesterreichische-waffen-saudi-arabien-7553165>.

² Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.9.2017 zu Waffenexporten und der Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (2017/2029(INI)), Punkt 17.

³ <https://www.profil.at/oesterreich/interview-claudia-bandion-ortner-alltag-saudi-arabien-nicht-freitag-378239>

Aus all diesen Gründen stellen die unterfertigenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert

1. bei der Behandlung von Ausfuhranträgen nach dem Kriegsmaterialgesetz sowie dem Außenwirtschaftsgesetz betreffend die Zielländer Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate die in der Begründung geschilderte humanitäre Situation im Jemen sowie die Gefahr, dass die gelieferten Waffen und Geräte zur Unterdrückung der Menschenrechte verwendet werden, entsprechend zu berücksichtigen und daher bis zu einer grundlegenden Veränderung der Lage entsprechende Bewilligungen zu verweigern (Waffenembargo);
2. sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in bilateralen Gesprächen sowie im Rahmen der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, dem Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit für ein gesamt-europäisches Waffenembargo gegenüber Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten einzusetzen; und
3. detaillierte und öffentlich zugängliche Jahresstatistiken über die jährlich erteilten Ausfuhrgenehmigungen von Kriegsmaterial- und Waffenlieferungen an Drittländer zu veröffentlichen.

Zil

Dank Joby-Ver

schul





